



Raus aus dem Casino

FinanzPOLITIK statt FINANZpolitik

Weltweit finden in hunderten Städten Demonstrationen und langfristige Besetzungsaktionen gegen zunehmende Verarmung, soziale Ungerechtigkeit und den schleichenden Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten statt. Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise spüren immer mehr Menschen. Eigene bitterere Erfahrungen der Verarmung und Perspektivlosigkeit und die Einsicht, dass die gegenwärtige Gesellschaft ihnen keine wirklichen Zukunftsperspektiven bietet, treibt die Bevölkerung auf die Straßen und Plätze. Diese Protestwelle äußert die verbreitete Ahnung, dass sich die bestehende Gesellschaft grundsätzlich falsch entwickelt. So kann es nicht weiter gehen.

Nach den Vorstellungen der Regierungschefs und Finanzminister soll es aber sehr wohl so weiter gehen. Jetzt soll es einen so genannten Rettungsschirm in Höhe von 780 Milliarden Euro geben, um mit unterschiedlichen „Instrumenten“ europäische Banken und die Finanzmärkte abzusichern. Dabei wächst bei immer mehr Menschen die Einsicht, dass es nicht gut gehen kann, immer größere Summen in einen schon längst völlig überdimensionierten Finanzsektor zu pumpen. Es ist nicht mehr die Frage, ob uns das um die Ohren fliegt, sondern nur noch wann.

Banken und Banker zu mästen ist die eine Seite. Zugleich werden die sozialen Anrechte der Bevölkerung in immer neuen Kürzungs-Runden vernichtet. So geht es nicht: Wir fordern von den europäischen Staaten die Schließung des Casinos. Das Spiel mit der Zukunft Europas, mit der Zukunft der Bevölkerung muss beendet werden. Die europäischen Völker dürfen nicht den Finanzmärkten geopfert werden.

Schluss mit Bankenrettung und Dauerkrise. Großbanken zerschlagen.

Vor über drei Jahren kam es in der Folge einer weltweiten Rezession zur größten Finanzkrise seit der großen Depression. Seither besteht der wichtigste Betriebsstoff der Banken aus Steuermitteln. Immer wieder muss der Steuerzahler ran, um Unternehmen zu retten, die es schaffen sich als systemrelevant auszugeben. In der Folge sind die Schulden der Industriestaaten weltweit explodiert. Allein in Deutschland hat die Staatsverschuldung in den letzten fünf Jahren um eine Drittel zugenommen!

Das muss ein Ende haben!!!

Vor über einem Jahr haben die europäischen Staaten begonnen zu „sparen“. Das Geld, welches in den Finanzsektor gepumpt wurde, sollte nun aus den Taschen der Bürger wieder beschafft werden. Die ersten Opfer waren Jugendliche, die keine Arbeit mehr finden. Das



zweite Opfer sind diejenigen, die noch Arbeit haben und denen zugemutet wird, auf Lohn zu verzichten. Jetzt wird klar, dass den Menschen überflüssige Grausamkeiten zugemutet werden und zugleich die Schulden weiter zunehmen. Immer noch macht man die Leute glauben, sie hätten seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse gelebt.

Das ist eine schreiende Lüge!!!

In Schleswig-Holstein haben die Finanzminister Stegner (SPD) und Wiegard (CDU) die HSH Nordbank mit ihrer Privatisierungspolitik vor die Wand gefahren. Allein in den Jahren 2007 bis 2009 sind sie als ehemalige Aufsichtsräte für einen Wertverlust in Höhe von 1,7 Milliarden Euro bei der Beteiligung des Landes an der HSH Nordbank verantwortlich.

Was hat der Landtag dann getan? Er hat eine Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen. Was hat die Landesregierung dann getan? Sie hat ein Kürzungsprogramm vorgelegt, das Blindengeld halbiert, das kostenfreie Kita-Jahr abgeschafft, die Schülerbeförderung abgeschafft, den jungen Leuten tausende von Einstiegsstellen im öffentlichen Dienst weggenommen, Frauenhäuser geschlossen und versucht eine Universität zu schließen. Und so will die Regierung weiter kürzen.

Wir fordern ein Ende der Kürzungspolitik im Land und eine vernünftige Finanzierung der öffentlichen Haushalte!!! Besteuert die Reichen!!!

Die Umverteilung muss ein Ende haben. In den Industrienationen wird seit über einer Generation ein immer höherer Anteil der wirtschaftlichen Wertschöpfung in die Taschen der Vermögenden geleitet. Diese politisch und nicht etwa nur wirtschaftlich herbeigeführte wachsende Ungleichheit ist die Wurzel der vielen Krisen, die sich zu einer großen Krise verdichten. Das Geld fällt nicht von allein nach oben! In Deutschland wurde die Umverteilung von unten nach oben mit der Agenda 2010 durchgesetzt. Wir fordern, die Agenda 2010 abzuwickeln.

Deutschland und Europa brauchen jetzt eine Politik der entschiedenen Erhöhung des Anteils der Arbeitenden an der wirtschaftlichen Wertschöpfung des Landes.

Dazu muss die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union aufgegeben und durch eine solidarische Ökonomie ersetzt werden. Dieser Wettbewerb ist ebenso ruinös, wie der um niedrigste Steuern. Deutschland muss jetzt die Chance ergreifen und sich an die Spitze einer europaweiten Bewegung zur Anhebung der Spitzensteuersätze, der Vermögens- und Erbschaftssteuer setzen. Nur so kann es eine Lösung der Staatsschuldenkrise geben.

Europa braucht eine Politik der Solidarität – Soziale Demokratie statt asoziale Finanzmärkte